

Kreistag des
Stadtrates Bocholt
Amtlicher Wapen
des Stadtrates
von Bocholt
Zentrumspartei

Volksblatt

Geschäftsstellen:
Bocholt, Kalkhof-
straße 14. Fernspr.
Sammler. 3054.
Rheide: J. Heintze.
Anholt: W. Wolling.
Werth: Th. Parnas.
Verlagsort:
Dortmund 1.

Nummer 309

Dienstag, den 6. November

Jahrgang 1928

Vor zehn Jahren.

In diese Woche fällt der sich zum zehnten Mal jährnde Tag der Revolution, der Ausruhung der deutschen Republik, die dann in Weimar ihre verfassungsmäßige Grundlage erhielt. So sehr wir stolz darauf sind, daß unter führender Teilnahme des Zentrums die Reichsverfassung geschaffen worden ist, die dem deutschen Volke wieder einen Rechtsboden unter die Füße gab, so wenig haben wir Anlaß, jener Novembertage von 1918 mit anderen Gefühlen zu betrachten, als sie die Erinnerung an eine Folge trauriger Ereignisse wachrufen muß.

„Wir sind belogen und betrogen worden“, sagte damals der Führer der Konservativen von Heydebrand und der Laue, als er wie so viele andere, die von einem Siegfrieden träumten, plötzlich erkennen mußte, wie in Wirklichkeit die Lage war: unter dem Ansturm und Trommelfeuer der an Zahl und Kriegsmaterial erheblich überlegenen Feinde wankende Fronten und eine durch die Entbehrungen des langen Krieges, durch Hunger und Enttäuschung germürbte Heimat. Gewiß gab es auch an und hinter der Front Agitatoren, deren Gesäße weiterem Durchhalten nicht günstig war. Aber wie wenig konnte dies Gesäße besagen gegenüber der Gesamtlage, in die Deutschland schließlich geraten war, weil es der durch die Amerikaner verstärkten Macht der Feinde nicht mehr vollwertiges entgegenzusetzen und mit allen Nationierungen den Hunger und die Not nicht mehr vertreiben konnte. Der Krieg war zu einem Unternehmen ausgewachsen, zu dessen glücklicher oder auch nur glimpflicher Zuerückführung die Kraft des deutschen Volkes nicht mehr ausreichte. Es befand sich im Widerstandskampf mehr gegen die roten Mächte und den Anhang, den sie fanden, der aber doch nur eine Volksminderheit war. Man war eben in der Heimat genau so am Ende wie an der Front. Und während im Walde zu Compiègne Waffenstillstand unter den schwersten Bedingungen abgeschlossen werden mußte, während der Kaiser nach Holland floh, wurden in den deutschen Städten rote Fahnen gehißt, Arbeiter- und Soldatenräte gebildet, nirgendwo auch vom Militär in den heimischen Garnisonen tatkräftiger Widerstand geleistet. Der nichtsozialistische Arbeiterführer mußte mit den Räten, fand sich aber nicht mit Gleichgesinnten zusammen, um etwas gegen den Lauf der Dinge zu unternehmen.

Recht unerfreulich ist die Erinnerung an all dies. Und doch kann sie nicht schaden. Denn sie legt einen Vergleich mit dem Chaos von damals und den heutigen Zuständen nahe. Kann man diese auch wahrhaftig noch nicht als schön und hervorragend bezeichnen, erst recht nicht gegenwärtig unter dem schweren Wirtschaftskampf, der das industrielle Herz Deutschlands trampschafte Zuckungen machen läßt und in breiten Bevölkerungsteilen schwere Sorgen hervorruft, so ist doch das politische, wirtschaftliche und soziale Gesamtbild Deutschlands, wenn man, wogu man doch wohl berechtigt ist, die momentan ungünstige Situation als etwas Vorübergehendes betrachtet, so hell und hoffnungsvoll, daß der Vergleich das Zutrauen des deutschen Volkes zu sich selber entfallen lassen muß.

Deutschland ist Republik geworden, wie sich auch schon in anderen Ländern am Ende eines verlorenen Krieges ähnliche gewalttätige Veränderungen ergeben haben. Wir haben die Republik nicht gewollt, auch diejenigen unter uns nicht, denen das Regime Wilhelm II. alles andere als sympathisch war, die vielleicht nicht nur schlechte Monarchisten, sondern im Herzen Republikaner waren. Als die Republik aber da war, als nach den Wahlen zur Nationalversammlung die Grundrissen des deutschen Volkes vor der Aufgabe standen, dem freilich nicht wie ein Phönix aus der Asche emporgestiegenen, wohl aber noch durch Putsch und fortgesetzte Entbehrungen der Entente niedergedrückten, durch Verlust von zwei Millionen seiner besten Männer und vier Millionen Kriegsgeschädigten geschwächten Deutschland ein neues Fundament zu geben, da haben auch unsere Führer mitgearbeitet an der Stabilisierung der Republik und der Erhaltung der deutschen Reichseinheit. Und das war recht so. Die Novembertage von 1918 füllten keine Wunschkarten der deutschen Geschichte. Aber die Überwindung jener Trübsalzeit, die in dem nunmehr nahezu vollendeten Jahrzehnt trotz wiederholter Rückschläge, wie sie namentlich die Jahre 1920 und 1923 brachten, doch zu einem erheblichen Teil gelungen ist, kann uns zur Genugung Anlaß geben, weil unsere Partei daran nach Kräften mitgearbeitet hat und wir alle, der eine mehr, der andere vielleicht weniger freudig, durch Anerkennung des geschichtlich Gewordenen und durch Erfüllung unserer staatsbürgerlichen Pflichten wenn auch nur bescheiden dazu beigetragen haben, daß das deutsche Volk den Weg in geordnete Verhältnisse zurückfand. Bleibt auch manches noch zu wünschen übrig, so soll man darum doch nicht gering achten, was in diesen zehn Jahren positiv geleistet worden ist.

Heute besteht, wie die letzten Wahlen erneut bezeugen haben, die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes die Republik. Das Häuflein derer, die den letzten Kaiser zurückkehren sehen möchten, wird immer geringer. Wir gehören nicht zu denen, die den nun bald sich abzeichnenden für alles und jedes verantwortlichen zu machen suchen. Das Erfolgsgeheimnis, nach dem

in deutschen Ländern die Fürsten kamen und gingen, schaltete den unfähigen, solange er nicht direkt irrenhauserlich war, von Thron und Krone nicht aus. Von Wilhelm II. darf man wohl sagen, daß er sicher das Beste gewollt hat. Aber seine unzulänglichen Fähigkeiten reichten nur zu einem Dilettantentum hin, das sich berufene Männer zur rechten Zeit als solches klar zu kennzeichnen schienen. Der Männerstolz vor Königskrone war am Hofe Wilhelm II. so gut wie unbekannt. Man konnte sich im Glanz der Majestät und gestand sich höchstens in vertraulichen Zirkeln, was man wirklich dachte. Heute aber, wo die glanz-

vollen Zeiten vorbei sind, wollen diese Kreise und ihr Anhang solche Mißhandlung natürlich nicht wahrhaben. Doch schon längst ist die Volkshoheit, die einige Zeit gute Dienste leistete, so fadenförmig geworden, daß sie nicht mehr zu gebrauchen ist. Nur in Stahlhülle klebt sie vielleicht noch. Wer sich ehrlich Rechenschaft darüber gibt, wie alles gekommen ist, wird gewiß nicht umhin können, das Wirken einzelner Männer unter der Regierung Wilhelm II. und auch dessen eigene Betätigung als objektive Mißhandlung an der Wendung der Dinge anzuerkennen, aber er wird doch ablehnen, sie als die alleinigen Sündenböcke hinzuge-

stellen. Denn ungeheuer Vieles kam zusammen, um schließlich zur Katastrophe zu führen.

Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen. So hat im Kriege ein Arbeiterdichter gerungen. Deutschland lebt und wird weiter leben. Die Reichseinheit ist uns geblieben. Das ist das Wesentliche. Nachen wir es nicht in diesen Tagen der Erinnerung an trübe Ereignisse wie die Zwischengestirnen. Was hinter uns liegt, ist vorbei. Dem neuen Tag gelten unsere Sorgen, der Zukunft unseres Volkes und Vaterlandes!

Heute Aussperrungsdebatte im Landtag.

Eine große Anfrage des Zentrums.

Von unserer Berliner Redaktion.

.. Berlin, 5. Nov. (Drahtf.).

Zu der Aussperrung in Westdeutschland hat die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags folgende Anfrage eingebracht:

„Der Staatsregierung ist bekannt, daß die Arbeiter in der Nordwestgruppe ihre Arbeiter zum 1. ds. Mts. entlassen haben, deren Zahl weit über 200 000 beträgt. Diese willkürlichen Entlassungen führen bei längerer Dauer zum völligen Erliegen der rheinisch-westfälischen Industrie. Wir fragen an, ist das Staatsministerium bereit,

1. die Reichsregierung zu veranlassen, durch entsprechende Maßnahmen Sorge zu tragen, daß verbindlich erklärte Schiedssprüche von den Tarifvertragsparteien durchgeführt werden,
2. auf die Reichsregierung einzuwirken, daß diese durch sofortige gesetzliche Maßnahmen die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter erzwingt,
3. auf die Reichsregierung einzuwirken, daß den entlassenen Arbeitern für die Zeit der Beschäftigungslosigkeit die ihnen gesetzlich zustehende Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird.“

Auch mehrere andere Parteien haben ebenfalls ähnliche Anfragen an die Preussische Regierung gerichtet bzw. Anträge gestellt. Am Dienstag wird in der Plenarversammlung des Landtages die Aussperrung im Westen Gegenstand der Beratungen sein.

Aus der Kabinettsitzung, in der Reichsarbeitsminister Wiffel Bericht über seine Absicht, den Schiedsspruch für die Eisenindustrie verbindlich zu erklären, erläuterte, erfährt der Politisch-Gewerkschaftliche Zeitungsdienst einige recht interessante Einzelheiten. Entgegen der von der Arbeitgeberseite vertretenen Auffassung hat das Kabinett nämlich festgestellt, daß von den 220 000 nunmehr ausgesperrten Arbeitern nur 60 000 im Stundenlohn stehen, die übrigen aber im Fordlohn. Dieser ist aber nach dem Schiedsspruch bekanntlich nur um zwei Pfennig erhöht worden. Der genannte Zeitungsdienst stellt daher fest, daß diese Erhöhung weit unter der Hälfte der Forderung der Gewerkschaften liegt. Im übrigen soll das Kabinett zu den Ausführungen des Reichsarbeitsministers selbst keine Stellung genommen haben. Der Reichswirtschaftsminister sei der Ansicht gewesen, daß die Arbeitgeberseite die Durchführung des Aussperrungsbeschlusses hätte vermeiden müssen. Das Kabinett weiß nun anscheinend nicht, wie es vorerst aus dieser unangenehmen Lage herauskommen soll. Man kann dem Politisch-Gewerkschaftlichen Zeitungsdienst nicht ganz Unrecht geben, wenn er sagt, die Faltung des Kabinetts zeugt nicht gerade von einem Führungswillen und Führungsbewußtsein. Es sei notwendig, daß das Kabinett seine Aufgabe aufgeben und endlich die Stellung einnehme, die angeht des Angriffes auf die Staatsautorität die einzig gebundene sei.

In der Frage der Unterstützung der ausgesperrten hat nunmehr auch der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung der Arbeitslosenversicherung eine Entscheidung getroffen. Die Frage, ob die ausgesperrten Arbeiter Arbeitslosenunterstützung erhalten können, mußte auf Grund der bestehenden Gesetzesvorschriften verneint werden. Der Beschluß des Vorstandes der Reichsanstalt wurde gegen die Stimmen der Arbeitnehmer gefaßt, die den Standpunkt vertreten, daß es sich bei den Massenentlassungen im Ruhrgebiet nicht um einen Arbeitskampf handle, da der für verbindlich erklärte Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums vorliege. Das Reichsparlament wird, wie man erfährt, voraussichtlich nicht vor dem 17. November zusammentreten. Heute, Dienstag, tagt zwar der Reichsausschuß des Reichstages, um sich mit der Frage einer früheren Einberufung zu befassen. Sowohl die Kommunisten wie auch die Christlichen Gewerkschaften legen sich für eine sofortige Einberufung des Reichstages ein. Es ist jedoch mit

einer Versagung des genannten Termins kaum zu rechnen, da sich zunächst der Preussische Landtag mit dem Arbeitskonflikt im Westen befassen wird.

Eine Rede Stegerwalds.

(1) Nürnberg, 4. Nov. In einer Massenversammlung der christlichen Gewerkschaften führte Ministerpräsident a. D. Dr. Stegerwald über den Eisenkonflikt an der Ruhr u. a. aus: In England besteht für die Arbeiter in der Großindustrie schon seit 25 Jahren der Achtstundentag. In Deutschland ist er erst, wenn man von einer vorübergehenden Revolutionserwartung abläßt, Ende 1927 zur Einführung gelangt. Bei der 12 Stundenfrist haben die Arbeiter leidlich verdient. Bei der Achtstundenschicht gehörte ein großer Teil der Eisenhüttenarbeiter mit zu den am schlechtesten bezahlten Arbeitergruppen. Die christlichen Gewerkschaften lehnen im Zeitalter des Volkstaates die These ab, daß die am schwersten arbeitenden Menschen am längsten arbeiten oder sich mit den fälschlichen Löhnen begnügen müssen. Wenn die deutsche Eisenindustrie gegenwärtig mit weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, und sie diese nachweisbar aus eigener Kraft nicht überwinden kann, dann müssen diese Schwierigkeiten auf dem Wege über die allgemeine Wirtschaft und Wirtschaftspolitik überwunden werden. Es darf eben nicht mehr so kommen, daß Arbeiter, Wirtschaft und Finanzministerium anstatt einheitliche Politik zu machen, jedes für sich und dabei nicht selten entgegengesetzte Politik betreiben. Wenn zur Verbesserung der Lage der Beamten, Reichsbahn und Reichspost die Wirtschaft mit 400 Millionen Mark durch Tarif- und Vorratserhöhung belastet dürfen, dann müssen sich auch Mittel und Wege finden lassen, die den am schwersten arbeitenden Menschen in den Eisenhüttenwerken ihre niedrigsten Löhne mit etwa 50 Millionen Mark aufbessern können. Die Unternehmer an der Ruhr arbeiten gegenwärtig mit juristischer Spitzfindigkeit. Damit kommen wir nicht weiter. Der Kampf an der Ruhr ist ein Kampf von ungeheurer politischer und wirtschaftlicher Tragweite, die deutsche Wirtschaft kann in den nächsten Jahren keine ähnlichen Kämpfe mehr ertragen. Wenn die Autorität des Reichsarbeitsministeriums zur Beendigung des Kampfes nicht mehr ausreicht, dann muß die Autorität des Reichstages und der Reichsregierung eingesetzt werden.

Abg. Imbusch zum Aussperrungskampf.

© Essen, 5. Nov. Am 5. November fand in Essen eine Gesamtkonferenz des Gewerkschaftsbundes der christlichen Bergarbeiter Deutschlands unter dem Vorsitz des Abg. Imbusch statt. Einleitend wies der Vorsitzende auf den Ernst der gegenwärtigen Lage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hin. Der von den Unternehmern der Hütten- und Eisenindustrie provozierte Aussperrungskampf habe bereits erhebliche Schäden an Bergbau und anderen Gewerben zur Folge. In diesem Kampfe müßten alle zusammenstehen und auch eine einheitliche Klassenherkunft der Wirtschaftsführer über den Staat verhängen wollten. Die christlichen Bergarbeiter erklärten sich mit den Aussperrten und um ihr Recht kämpfenden Metallarbeitern solidarisch in diesem Kampfe. Die Reichsregierung habe die Pflicht, sofort einzugreifen, um die Anerkennung des verbindlich erklärten Schiedsspruches zu erzwingen und für dessen Durchführung Sorge zu tragen. Sollten die Unternehmer der Schwerindustrie sich beharrlich weigern, ihre gesetzliche Pflicht zu erfüllen, dann müsse mit den staatlichen Machtmitteln eingeschritten werden. Es sei unerträglich, daß die Arbeiterkraft und die Volksgesundheit durch diesen geschäftlichen Kampf der Unternehmern so erheblich geschädigt und in Mitleidenhaft gezogen würden. Wenn die Reichsregierung es nicht für notwendig halte, in diesem entscheidenden Kampfe den Reichstag zu handhabe zu stellen und für die Durchführung gesetzlicher Bestimmungen Sorge zu tragen, dann müsse der Reichstag als die Vertretung des Gesamtwillens unseres Volkes sofort einberufen werden.

Im Anschluß an die Ausführungen des Abgeordneten Imbusch wurde in der Aussprache darauf hingewiesen, daß auf den verschärfsten Steinkohlenbergwerken des Ruhrgebietes bereits Feiertagsruhe eingelegt worden seien. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Schwerindustrie, die diesen geschäftlichen Kampf hervorgerufen haben, für den der Arbeiterkraft entstandenen Schaden haftbar gemacht werden müßten. Im übrigen stellte man sich allgemein auf den Standpunkt, daß der Gewerkschaften christlichen Bergarbeiter Deutschlands in diesem schweren Kampfe gemeinsam mit dem christlichen Metallarbeiterverband für die Anerkennung und Durchführung des verbindlich erklärten Schiedsspruches eintreten müsse. Zum Schluß wurde folgende Entschließung angenommen:

Der im Ruhrgebiet ausgebrochene Kampf in der Hütten- und Eisenindustrie ist kein Arbeitskampf,

sondern ein wohlüberlegter Kampf der Schwerindustrie gegen den Staat und seine Verfassung. Unter Mißachtung eines verbindlich erklärten Schiedsspruches und damit unter Bruch des geltenden Vertrages in der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie haben die Unternehmer über 200 000 Arbeiter ausgesperrt. Dieser Kampf richtet sich gegen das bestehende Recht und die staatliche Autorität. Deshalb werden scharfe Maßnahmen gegen diejenigen, die offen die Sicherheit des staatlichen Lebens bedrohen, gefordert. Von den Unternehmern verlangen wir vollen Schadenersatz, weil sie unter Verletzung ihrer Betriebspflicht und dadurch auch im Kohlen- und Eisenbergbau die Einigung von Feiertagsruhe verursacht haben. An die Reichsregierung wird das dringende Ersuchen gerichtet, sofort einzugreifen und die Anerkennung und Durchführung des verbindlich erklärten Schiedsspruches zu sichern. Wir verlangen deshalb eine befristete Einberufung des Reichstages, um gegebenenfalls durch gesetzliche Maßnahmen die Staatsautorität und das verfassungsmäßige Recht sicherzustellen.

Einberufung der Reichstagsfraktion des Zentrums.

© Duisburg, 5. Nov. Die Reichstagsfraktion der Zentrumsgruppe ist auf Mittwoch, 7. November, nachmittags 5 Uhr, zu einer Sitzung nach Berlin berufen, um Stellung zu nehmen zu der durch den Konflikt in der Eisenindustrie geschaffenen politischen Lage.

Auf der Suche nach dem Ausweg.

© Berlin, 5. Nov. Der „Vorwärts“ meldet: Allen Anschein nach werden die nächsten Tage des Kampfes in der Metallindustrie im Zeichen der Vorbereitung einer von dritter Seite angeführten Vermittlungsaktion stehen. Wie verlautet, liegt das Reichsarbeitsministerium sowie das Reichswirtschaftsministerium in enger Fühlung mit den Spitzen der Gewerkschaften und der Unternehmenseite.

Metallarbeiterkundgebung vor dem Düsseldorfer Rathaus.

© Düsseldorf, 5. Nov. Heute abend fand in Düsseldorf nach einer vorhergehenden Versammlung der R. P. D. eine Kundgebung statt. Der Zug, an dem sich etwa 2500 Personen beteiligten, zog vor das Rathaus. Eine Abordnung machte dem Polizeikommandanten Dr. Haas die Forderungen auf Forderungunterstützung geltend. Dieser bezeugte ihnen jedoch, daß der Oberbürgermeister Dr. Nieß nicht mehr anwesend sei, und sie ihre Forderungen durch die Gewerkschaften übermitteln müßten. Nach Abhängen der Internationalen und nach mehreren Anrufen löste sich der Zug auf, ohne daß es zu Zusammenstößen kam.

Zusammenkunft der Oberbürgermeister.

© Essen, 5. Nov. Die Auswirkungen der Aussperrung in der Metallindustrie werden sich beim Bergbau bald zunehmend bemerkbar machen, da 25 bis 35 Prozent der Produktion der Hütten und der Eisenindustrie verbraucht werden. Auf den Hütten der Vereinigten Stahlwerke sind bereits Feiertagsruhe eingelegt worden und auch im übrigen Bergbau dürften diese bald folgen. In führenden Kreisen hofft man, mit ein bis zwei Feiertagsruhe pro Woche auskommen. Morgen nachmittag findet die Zusammenkunft der Oberbürgermeister des von der Aussperrung betroffenen Gebietes in Essen statt. Es soll hierbei eine Aktion zur Unterstützung der durch die Aussperrung betroffenen Arbeiter unternommen werden.

Wiederbeginn der Landtagsverhandlungen.

Eine Zeppelinkundgebung. — Mittel für den Ausbau der rechtsrheinischen Uferstraßen.

© Berlin, 5. November. Der Reichsausschuß des Preussischen Landtages hielt in seiner Sitzung am Montag vor Beginn der Plenarverhandlungen an der Arbeit fest. In dieser Woche bis zum Donnerstag einschließlich Plenarverhandlungen abgehalten. Die Anträge und Anfragen wegen der Aussperrung im Westen sollten am Dienstag zur Beratung gestellt werden. Am Donnerstag will man den von

der Herrschende in g
 lichen menschlich.
 können sich mehr od
 der. Nicht nach d
 vortrefflichen Mon
 dem König von Pre
 haben, die Recht, m
 vom Bischofsamt an
 über, was nicht da
 zu machen. Die
 der Bischofsstuhl in
 was die große
 ist eines: Bis
 der Kaiser, fähig
 der Bischöfe kö
 den Domkapitel hervor
 mit wird aber die
 hungen den Vorzug
 gerade unter den
 aus im letzten Ja
 durch die Bischöf
 der päpstliche Re
 aufnahme mit der
 der Bischöfe von
 der Bischof Geit
 opp, Porcum, d
 der Königen. Der
 auch nicht wog
 des, abhürten.